



Apparat und die Geldmittel zur Verfügung gehalten haben, wie den Redaktionsstellen und den beiden großen bürgerlichen Parteien, unter Erfolg wäre noch ein größerer gewesen. So kann die U. S. D. mit Befriedigung auf das Ergebnis der Gemeindefeststellungen in Berlin schauen. Der weitere Ausbau der Organisation und Erweiterung der Arbeit, die heute noch im wesentlichen im Stillstande steht, ist die Aufgabe der sozialdemokratischen Partei, die sich durch ihre unabhängigen Sozialdemokratischen Partei finden werden.

### Was geht im Osten vor?

Die Post berichtet: „Wie an Regierungskreise erklärt wird, liegen dort politische Verhandlungen mit dem Osten nicht vor, weil anheimend die Drahtverbindungen mit dem Osten unterbrochen sind. Diese Erklärung deutet darauf hin, daß die Ostfronten wiederholt unangenehme Ereignisse, mit denen man sich schon unter der Unterzeichnung des Schönbrunn-Vertrages und der sich daraus ergebenden Weisungen unserer Diktatur rechnen mußte, ihre Schützen bereits voraussehen. Die nächsten Stunden schon dürften uns im Osten vor Talsünden stellen.“

Schmach und Schande über diese scham- und gewissenlosen Kriegstreiber, die das Leben des Volkes durch neue Kriegsverbrechen immer unangehlicher machen wollen. Das Volk wird ihnen bis zum Hals reichen.

**Patocli geht.** Königberg, 22. Juni. Oberpräsident von Patocli hat seine Entlassung vom Amte nachgesucht.

### Die westpreussische Partei gegen den Krieg.

In Elbing tagte am 22. Juni der Provinzial-Parlament der unabhängigen Sozialdemokratie. Es waren circa 50 Delegierte anwesend, die rund 14000 polnisch-westpreussische Parteimitglieder und einige Stützen des Regierungsbüros Bromberg vertraten. Zur Verhandlung standen in erster Linie organisatorische Fragen. In Bezug auf die politische Lage nahm der Parteitag einstimmig und debattiert eine vom Genossen Schröder eingebrachte Resolution an, in der in entschiedener Weise gegen die Vorkriegs- und Kriegspolitik Westpreußens protestiert und ein Appell an die englischen und französischen Arbeiter richtet, ihren westpreussischen Klassenfeinden anzuzeigen, daß die westpreussische Revolution die Revolution der Regierung des Kaiserreichs auf der proletarischen Internationale. Die Entschliessung führt zum Wortlaut fort:

„Gleichzeitig tritt der Parteitag dem Vorkriegsminister der alldeutschen Volkspartei mit entschiedenem Entgegen. Diese Leute haben kein Recht, sie als Mandatäre der öffentlichen Meinung zu bezeichnen. Sie stellen eine Schicht der Bevölkerung dar, die daran mitwirkend ist, das Volk im Osten noch tiefer zu versinken zu lassen und die westpreussische Arbeiter zu neuen Krieg. Dieser ist auslöslich und bringt den Zusammenbruch der deutschen Kultur des Ostens mit sich. Die neuen Kriegstreiber sind die schlimmsten Feinde des deutschen Volkstums. Der Parteitag fordert die deutsche Arbeiterpartei auf, sich nicht durch das chauvinistische Treiben in Berlin, Göttingen, Chemnitz, in Weimar, verstimmt mit Tausenden Familien große wirtschaftliche Schäden zu erleiden. Diefem Überwieg der Arbeiterpartei in entschiedener Weise gegenüberzutreten und für den Fall eines Militärischen des Generalstreik zu proklamieren.“

### Politische Kinderlein des deutschen Offiziersbundes.

Die gesamte bürgerliche Presse bringt einen Aufruf des Deutschen Offiziersbundes, der folgendermaßen lautet:

**An alle Deutschen!**

An die Regierung der Niederlande wurde gedruckt: „Unterstützt für die Gattinverbindung, die Holland dem deutschen Kaiser gewährt, bittet der deutsche Offiziersbund auch im Namen von Millionen Deutschen die Regierung der Niederlande, die Auslieferung des Kaisers zu verweigern. Sie können unseren ehemaligen Kriegshelden jetzt mit unseren Leibern nicht schätzen, erwarten aber von dem Schmutz der Niederlande, daß uns die letzte und erwidrigste Schmach erspart bleibt.“

Die holländische Regierung wird höchst abweisen, sich dem entronnenen Hohenzollern oder dem Deutschen Offiziersbunde zuliebe in gefährliche Abenteuer zu stürzen, zumal sie zu besonders freibehenden Gefühlen im gegenüber niemals wieder Grund noch Rechnung hat.

Die Preussische Presse bringt in ihrer Montag-Abendausgabe einen Aufruf an die deutschen Offiziere des alten Orients von 1914, in dem es heißt:

„Deutsche Offiziere — wollt ihr wirklich Euer Kameraden — Euer Generale — Euren Kameraden und Euren Kaiser ohne weiteres auszuliefern? Oder einzelne von uns nicht an die holländische Regierung das dringende Schreiben, daß sie die deutschen Offiziere des Kaiserreichs von 1914 der Auslieferung ihrer Kameraden und ihres Kaisers widersehen, indem wir alle — jeder einzelne — Mittel und Wege finden werden, nach Holland zu fliehen, um den Kaiser zu schützen.“

In dem Aufruf wird dann vorgeschlagen, die deutschen Offiziere sollten an dem Tage, wo tatsächlich das Entereitwerden an unsere holländischen Kameraden gehen sollten, an die Grenze eilen.

Der Aufruf fordert dann weiterhin Vorschläge für eine geschlossene Dramatik und empfiehlt seine Verteilung als überall im Gebrauch, in der Presse, die uns möglich ist.

Sollte es nicht möglich sein, in dem republikanischen Deutschland fündig gemordete Militärkisten zur Vermittlung zu bringen, die alles darauf anlegen, die Ruhe und den Wiederanbau des Landes durch (wichtige) „Kundgebungen“ zu sichern? — Gegen diese Leute hat die Regierung nichts einzuwenden. Sie stehen unter Noskes Schutz. Sie dürfen ihre wertvollsten Ideen in der Welt verbreiten, und Blätter, die diese Zeitschriften abdrucken, werden nicht verboten! Herr Noske ist und bleibt eben der Beschützer aller reaktionären Verbrechen.“

### Was Noske „verbietet“.

Berlin, 23. Juni. (W. Z. B.) **Verordnung.** Auf Grund des § 9 des Gesetzes über den Verlagerungsaufbau werden für das unter Verlagerungsaufbau stehende Gebiet Landespolizei Berlin, Landespolizei Potsdam, Landespolizei Cottbus und Landespolizei Chemnitz, jede mit richterlicher Bestätigung und Schädigung (Vorkost) der Angehörigen der Reichswehr und ihrer Familienmitglieder, sowie die Aufforderung und Anweisung zum Wechselt, ferner verbietet die öffentliche Verlesung der Ehre oder Verhöhnung der Mitglieder in der Presse, in Flugblättern und Broschüren. Inwieweit diese Bestimmungen auf schnellstem Wege zur Kenntnis des Oberkommandos (Abteilung 10, Eisenburger Straße 11) zu bringen. Sie werden mit Gefängnis bis zu einem Jahr bestraft, falls die betreffenden Verlesungen höhere Strafbestrafung androhen.

Der Oberbefehlshaber. **Noske.**

Wir werden ferner eines Tages nachsehen, daß Noske der — „Sommer“ „Winter“, zu jedem beliebigen Zeitpunkt in seinen Erlassen ein armseliger Schläger im Vergleich zu dem Arbeiter Noske.

### Dokumente von der deutschen „Freiheit“.

Der Verlag der Zeitschrift „Freiheit“ hat am 22. Mai an eine Verhandlung in Eisenburg (Oberböhmen) auf deren Verteilung eine Anzahl Exemplare der Zeitschrift unter freies Land an Druckfäße. Diese Sendung kam dieser Tage mit folgendem Begleitbrief zur:

„Zgl. (1) Bericht der Kommandantur. (2) Brief. (3) A. S. D. den 15. Juni 1918.“

An den Verlag der Zeitschrift in Berlin, 23. Juni. Die Zeitung folgen mit dem Bericht zur, daß sie sich nicht um Ausbändigung eignen.

Auf Anordnung (folgt hierher) Kriegsgerichts-Bez.-Stellvert.

Berlin, 23. Juni. Die Zeitung Republik ist vom Oberkommandanten in den Marken gestrichelt und verboten worden.

### Blutvergießen in Hamburg.

Hamburg, 24. Juni. (W. Z. B.) Im Laufe des heutigen Tages kam es bei Demonstrationen wegen der Silberfällungen vor dem Rathaus zu Blutvergießen. Die angefallene Menge, die die Herausgabe des Lebensmittels anzuhalten verlangte, verlor sich in das Rathaus zu dringen. Die dortigen Verhaftungen und Sicherheitsmaßnahmen wurden abgehalten und mit Entschiedenheit durchgeführt. Es gab eine Anzahl Tote und Schwerverletzte. Die Menge gestirte sich, konnte sich aber nicht durchsetzen und setzte die beiden Autokolonnen, mit denen die militärischen Verhaftungen herangeführt waren, in Brand. Kurz darauf gingen Tausendtausende an, die Fenster der mit dem Rathaus in Verbindung stehenden Wohngebäude zu zerbrechen.

### Die Lebensmittelnot in Berlin.

Die nördlichen Stadtteile Berlins waren am Montagmorgen durch den Schuss der Lebensmittelnot und Hungergefahr. Der von den Reichsbehörden und Behörden seit Wochen geduldeten Wucher mit Lebensmitteln, insbesondere mit Getreide, hatte die Stimmung der Bevölkerung bis zur Siegesfeier gesteigert, so daß der Ausbruch der Empörung kommen mußte. Trotz der geradezu glänzenden Ernte mußte man in Berlin für Getreide, bis 300 M. und für Erdbeeren bis 100 M. zahlen. Bis dann die Großhandelsorganisation die Kleinhandelspreise auf 1,10 M. für Äpfel und 1,00 M. für Erdbeeren festsetzte und viele Kleinbändler im Norden der Stadt trotzdem das Obst weiterhin für 4 bis 5 M. verkaufen. Seit die empörte Bevölkerung zur Selbsthilfe übergegangen war, haben sich die Preise für Obst und Gemüse in der Innstadt der Reichshauptstadt, Göttingen und Plantagenstraße. Noske-Ordnung, die sich dort prompt ereignen, wo es gilt, Unrecht und Volkseindringlichkeit zu schüren, waren natürlich auch hier sofort zur Stelle und schlossen auf die vollständigsten und wehrlose Menge. Die Polizei blieb ein brutales Werkzeug, das in dem Augenblick der Lohne getroffen wurde, als es verurteilten Jungherren von Bürgerkrieg auflösen wollte, und zwei Frauen, von denen die eine Mutter von sieben Kindern ist.

Es kann als Tatsache betrachtet werden, daß das Beispiel der Arbeiter der Reichshauptstadt, um Hungergefahr herbeizuführen. Die sozialistische Arbeiterpartei lehnt die Verantwortung für Hungergefahr, wie die vorgelommen, in vollem Umfange ab.

Die Gesamtheit der Opfer bei den getriggen Anwesenheiten der Arbeiter der Reichshauptstadt, um Hungergefahr herbeizuführen, darunter vier Männer, eine Frau, ein Soldat und eine Schilferin. Etwa acht Verletzte, darunter drei Frauen, sind selbsterstötet.

### Neue Unruhen in Mannheim.

Mannheim, 24. Juni. (W. Z. B.) Gestern Abend kam es hier wieder zu erheblichen Unruhen. Auf die Verteilung der französischen Offiziersabteilung auf dem Marktplatz, die die Stadt eine Stunde nach Ablauf der durch das Ultimatum gestellten Frist weiter befehrt werden, wenn sie bis dahin keinen gegenseitigen Befehl erhalten habe, zog das Freiwilligenbataillon ab, um nicht im Falle einer Besetzung interniert zu werden. Dabei wurden die Truppen vom Volk mit Steinen und Schüssen angegriffen, so daß sie sich mit der Waffe wehrten! Abends war die Ruhe wieder hergestellt. Drei Personen wurden getötet.

### Regierungskrise in Preußen.

Die Fraktion der unabhängigen Sozialdemokratie in der Preussischen Landesversammlung hat folgende Interpellation eingebracht:

„Die Vertreter der preussischen Republik haben, Zeitungs-nachrichten zufolge, im Staatsrat sich gegen die Unterzeichnung des Friedensvertrages ausgesprochen. Woher rechtfertigt die Regierung diese für das Wohl des preussischen Volkes verhängnisvolle Stellungnahme?“

Der Freiheit zufolge haben sich die Fraktionen der Landesversammlung im Gegensatz zur Regierung in ihrer Mehrheit für die Unterzeichnung ausgesprochen.

„Gibt Seine? Wie die Preussische Republik, ist es nicht unannehmlich, daß der preussische Minister des Innern, Seine, zurücktritt, da er sich auf seiner Offizier, besonders gegenüber Vertretern der Bevölkerung, ausgesprochen, auf die Ablehnung des Friedensvertrages hinweist. Hat er den Rücktritt anderer Minister, besonders des Ministerpräsidenten Reich, verweigert noch nicht.“

### Deutsche Gewaltpolitik im Kriege.

In der Schweiz ist in diesen Tagen vor dem Schourgericht in Zürich ein Prozeß zu Ende gegangen, der ein trautes Kapitel deutscher Geschichte im Krieg enthält hat, der gezeigt hat, wie die deutsche Regierung in fruchtloser Durchsetzung ihrer Gewaltpolitik die Interessen neutraler Staaten auf schwerste gefährdet hat.

Der sogenannte deutsche terroristische Dienst im Kriege hatte unter anderem die Aufgabe, in Italien eine Revolution herbeizuführen. Die wichtigsten Mittel wurden hierher geschickt. In der Schweiz wurden diese Mittel, besonders italienisch, und indische Anarchisten durch ungenügende Bestimmungen, die bei den einzelnen oft hunderttausend Mark betragen haben, dahin gebracht, daß sie für die deutschen Spionagemänner ihre Güter zu Markte trugen und deren Pläne ausführen. Die deutschen offiziellen Kurier brachten gewaltige Mengen von heimem deutschen Sprengstoffmaterial und von allen möglichen Stoffen nach der Schweiz, wo es in dem Gebäude des deutschen Generalkonsulats in Zürich und bei dem deutschen Militärattaché in Bern aufbewahrt wurde. Von dort aus wurden dann die Güter verteilt und den Internierten und den Italienern die nötigen Anstöße und Weisungen gegeben.

Als die Schweiz nicht mehr und es zum Prozeß kam, hatten die deutschen Anarchisten sich natürlich längst in Sicherheit gebracht, und nur die von ihnen Verführten mußten auf der Anklagebank Platz nehmen. Mit vollem Recht konnte daher Staatsanwalt und Verteidiger behaupten, daß die Schweiz schuldigen sich dem Spruche entzogen hätten und andere für ihre Verbrechen büßen ließen.

Im Zeil der Angeklagten wurde schließlich zu längeren Zuchthausstrafen verurteilt, während der größere Teil freigesprochen wurde.

### Wichtige Anfragen.

Die Genossin Luise Rieck hat im Auftrage der U. S. D. D. Fraktion in der deutschen Nationalversammlung folgende Anfragen an die Regierung gerichtet:

„Ist der Regierung bekannt, daß seit längerer Zeit in Berlin und anderen Orten bei abendlichen Unruhen der U. S. D. D. eine vor diesen streng verbotene Überwachung ihrer Telefon-Anschlüsse durch die politische Polizei stattfindet, das aus diesen Gründen nicht nur auf die Verhinderung sämtlicher Verkehrsmittel und auf eine Verhinderung durch die Teilnehmer überaus lähmend eingewirkt wird, sondern daß auch politisch den Teilnehmern gegenüber auf ausdrückliche Verträge eine solche Wohnnahme abgemangelt wird?“

Wie stehen die Angelegenheiten eine derartige ungesetzliche und herabwürdigende Einschränkung des Telefon-Gebrauchs und die amtliche Verfolgung von Reichs-Beamten zur wahrheitswidrigen Auskunft zu befestigen?

Eine zweite Anfrage lautet: Die außerordentlich niedrige Lage der U. S. D. D. Fraktion bei der Regierung, die in der Reichsversammlung eine Erhöhung der Beiträge zu bringen möchte, ist dringend nötig. Was beabsichtigt die Regierung zu tun, um die Notlage dieser übergrupperten Familien zu beheben?

Schließlich befragt die U. S. D. D. Fraktion die Regierung noch darüber, ob sie bereit ist, anlässlich der großen politischen Reichstagswahlen eine Erhöhung der Beiträge zu gewähren.“

### Deutsche Nationalversammlung.

42. Sitzung vom 24. Juni, 10 Uhr vormittags.

Auf der Tagesordnung liegen zunächst keine Anfragen auf eine Anfrage der U. S. D. D. Fraktion und Gen. (Genz.), ob die Regierung bereit ist, mit Rücksicht auf die Zuerung der ihnen bereit zu stehenden Beiträge zu genehigen und die dadurch entfallenden Kosten auf das Reich zu übernehmen. Der Kommissar des Reichsarchivars Dr. Böhm: Eine allgemeine Erhöhung der Beiträge ist zurzeit nicht möglich, weil die Reichsarchivare noch das Reich jetzt in der Lage sind, die daraus resultierende Mehrbelastung zu tragen. Er behält die Angelegenheit der Reichsarchivare, einen Gegenwert vorzulegen, der allerdings unter gleichzeitiger Darlegung der Beiträge, eine Erhöhung der Leistungen der Reichsarchivare vorliegt. Einwilligen sind die Gliedstaaten erlaubt worden, in besonders dringlichen Einzelfällen durch Zustimmung aus dem Mitteln der Kriegswirtschaftsbeiträge zu greifen.

Nach Verlesung einer Reihe weiterer Anfragen ohne alle meine Anfrage wird in allen drei Redaktionen der U. S. D. D. Fraktion über die Angelegenheiten der Reichsarchivare, die in der Reichsversammlung eine Erhöhung der Beiträge zu gewähren möchte, ist dringend nötig. Was beabsichtigt die Regierung zu tun, um die Notlage dieser übergrupperten Familien zu beheben?

Schließlich befragt die U. S. D. D. Fraktion die Regierung noch darüber, ob sie bereit ist, anlässlich der großen politischen Reichstagswahlen eine Erhöhung der Beiträge zu gewähren.“

### Die Sozialisierung in Ungarn.

Die Sozialisierung in Ungarn schreitet nach den Meldungen der neuesten Waidpfeiler Zeitungen in glänzender Weise fort und zeigt, wie man bei einigen guten Willen schon in wenigen Wochen auf diesen Weg der Sozialisierung voranschreiten möchte, wie die Angelegen der deutschen Regierung vorläufig sei an eine Sozialisierung nicht zu denken, nichts als absichtliche Täuschungen sind.

So ist in Ungarn bereits der gesamte Großgrundbesitz sozialisiert worden. Das ganze Land wurde in Bezirke eingeteilt an deren Spitze je eine Bezirkszentrale steht. Die ehemaligen Eigentümer wurden ihres Eigentums für verlustig erklärt und die einzelnen Güter werden von den ehemaligen Eigentümern Pächtern oder Verwaltern geleitet, sofern deren Ernennung vom Besitze befreit wird. Die Erzeugnisse der Güter müssen gleichzeitig an eine Zentralfabrik abgeliefert werden ebenso wie von einer Zentralfabrik die Güter mit dem notwendigen Inventar versehen werden. Eine besondere Arbeitervermittlungskation sorgt für die Verbringung derjenigen, die Arbeit suchen, oder die welche zu vergeben haben.

Ferner sind bereits sämtliche Apotheken sozialisiert worden. Die Apotheker sind die Arbeiter des Proletariats geworden und die Apotheken werden von einem Zentralfabrikantenbetrieb mit allen Materialien versehen. Vor allem hat hier die Sozialisierung den außerordentlichen Erfolg gehabt, daß bei der vorgenommenen Inventarisierung gewaltige Mengen angeblich ausgegangener, in Wirklichkeit unter der Hand veräußert, Medikamente gefunden wurden.

Verhaftung von Deutschen in Böhmen. W. Z. B. D. O. 24. Juni. Meldung des Reichs-Statistik-Büros: In Czujow wurden 14 Führer der Deutschen mit dem Titel von einer Zentralfabrik der Arbeiter, die Güter mit dem notwendigen Inventar versehen werden. Eine besondere Arbeitervermittlungskation sorgt für die Verbringung derjenigen, die Arbeit suchen, oder die welche zu vergeben haben.

### Deutscher Sozialistentag.

Die Montag-Sitzung begann mit einem Referat Dr. Voelkner-Berlin (U. S. D.) über den praktischen Weg zur Einigung. In der inneren Politik sind folgende Bestimmungen erfüllt worden: Der rein bürgerlich-demokratische Parlamentarismus ist abzulehnen, ebenso nach der linken Seite der kommunalistische Parteigang. Es müsse ein Mittelweg gefunden werden, auf dem der Parteigang mit dem Gedanken der sozialistischen Demokratie ausgeht werden könne.

Der Korreferent Wille (U. S. D.) wendet sich gegen den Referenten, weil er das Trennende zu stark betont habe, anstatt das Gemeinsame in den Vordergrund zu stellen. Als Weg zur Einigung schlägt der Redner vor, daß in allen Orten sozialistische Arbeitergemeinschaften gebildet werden, die Mitglieder der drei sozialistischen Parteien in sich aufnehmen und auf parteilicher Grundlage die Arbeit der Arbeiter in der Reichsversammlung durchführen. Die Mitglieder der Arbeitergemeinschaften sollen in der Reichsversammlung seiner Parteipolitik werde ein Angehöriger der Arbeitergemeinschaften, die bürgerlichen Arbeitergemeinschaften können zu einem bürgerlichen sozialistischen Partei zusammengegliedert werden.

Der Gedanke der Arbeitergemeinschaft wurde auch von einem anderen Teil der Diskussionsleiter bekräftigt, aber auch die Parteigemeinschaften seien manchmal hart zum Ausdruck.

Konzeption (U. S. D.) erregte durch Angriffe auf die U. S. D. stürmischen Protest bei den Mitgliedern dieser Partei. — Seine W. Z. B. D. O. 24. Juni. Die Unterzeichnung des Friedensvertrages ist die wichtigste Voraussetzung der Einigung. — Der Bericht der Sozialdemokratische Deutsch-Oesterreichs vertritt, teile die Erwartungen, die er auf diese Konferenz gesetzt habe, seien nicht erfüllt worden. Durch Diskussionen über Theorien werde man die Einigung nicht herbeiführen. Die deutsch-oesterreichischen Gewerkschaften haben dem Verweis erbracht, daß man trotz aller Versprechungen in der Reichsversammlung nicht umkommen könne. Die Einigung der deutschen Sozialisten ist dringend erwünscht.

Am Freitag, einen Ausblick einbringen, in den die Reichsversammlung der Mitglieder der Reichsversammlung weiter bekräftigen.

Dr. Seiler vertritt den Antrag im Namen des Verbandes... Gewerkschaftliches.

Gewerkschaftliches. Gewerkschaftliche Verschmelzung.

Ein Einzelvertrag der weiblichen Angestellten ist durch die Verschmelzung des kaufmännischen Verbandes für weibliche Angestellte...

Postangestelltenstreik in Berlin.

Die außerordentlich geringe Löhne und die vollständig abwesende Haltung der Oberpostdirektion...

Aus den Gerichtsfällen.

Schwurgericht.

Mordprozess Klüber.

Der Angeklagte Klüber, vor am 2. März wegen eines Mordes verurteilt, wurde im Prozess Klüber...

Ein Rückblick aus dem Jahre 2000.

49) Von Edward Bellamy. Nachdr. verb.

Ich will gern ausgehen, daß unsere Wirtschaftsordnung ethisch betrachtet herlich ist, wie sie ist...

schme. Die Wende ist hier erst jetzt gekommen. Und habe Kaiser...

Der Angeklagte Gierold schilberte den Vorgang und gab an, daß er mit seiner Frau abgezogen in Berlin...

Der Angeklagte Kaja hat bei Mitter die Schärerei gelebt. In der Strafkammer...

Der Angeklagte Kaja wurde von dem Zeugen Gierold beschuldigt, zuerst Klüber angefallen zu haben...

geschickter. Dementselbst habe ich Klüber angenommen, aber Klüber...

Dem Schöffen Wilhelm Wagner wird zur Last gelegt, sich an den Mord am 2. und 3. März beteiligt zu haben...

Uterlei.

Wilhelm will lieber sterben, als sich verantworten. Die New Yorker Zeitung New-York Times berichtet von einem...

Arbeiter-Sekretariat, Halle (Saale).

Es wird in Halle am nächsten Sonntag von 11-1 Uhr und abends von 6-8 Uhr...

beurteilt, gleichzeitig auch den Nationalreichtum vermehrte. Um dies zu erreichen...





1909. 28. Juni. ...

Stadterwerbungen ...

Stadterwerbungen ...

Die Wahlen ...

Stadterwerbungen ...

Stadterwerbungen ...

Vererbung ...

Stadterwerbungen ...

Stadterwerbungen ...

Sozialdemokrat. Verein für Halle (M. 6. P. D.) Donnerstag, den 26. Juni 1919, abends 8 Uhr, im „Volkspark“, Burgstraße 27: Mitglieder-Versammlung. Tagesordnung: 1. Vortrag des Genossen Kasparek über: Sozialismus und Kommunismus. 2. Vereins-Angelegenheiten.

Grabitäten für frühe Frauen. Max Sobel, Alter Markt 45, 2023. Dr. Hirschmann, Ammerort, Bababohrer, 5.

Vom Abbruch ca. 30 000 fl. Wert. Unter-Handlung, Elektrik, Kleinfabrik, alle in Halle. Anruf: 1420. 1918. Neues Lebensmittel, billig zu verkaufen. Metzger, Giebenerstr. 64. 2011

Städtischer Verkauf von Viehfleisch u. Schweinefleisch in der Talamität, am Donnerstag, den 26. Juni. ...

2 Schühmacher. Artur Reinicke, Hofstraße 1. Telefon 2923.

Manfelder Kreis! 2 öffentliche Volks-Versammlungen. Freitag, den 27. Juni, abends 7 Uhr, in Eisteden. Samstag, den 28. Juni, abends 7 Uhr, in Bennstedt. Referent Gen. Fritz Wenschel spricht über: Revolution und Gewaltfrieden. Der Kreisvors. Dr. Kreis Bitterfeld.

Achtung! Teiche und Umgegend. Gewerkschaftsfest stattfindet. 14 Uhr: Umzug mit neuer Fahne, anschließend Festrede, Preisgeben, Preisabschluss, Blumen-Verlosung, Kinder-Belustigungen, Konzert, Ball u. tanzmässige Aufführungen. Abends: Ball und Gesangs-Vorträge. Noch zur Fest-Erweiterung: abends 7 Uhr im Gasthaus Stöcker, Grotzsch: Ball. Es ladet freundlichst ein. 1919. Das Fest-Komitee.

Nützliche Bekanntmachungen. Städtischer Verkauf von Butterfleisch in der Talamität, am Donnerstag, den 26. Juni. ...

Patentierter Strickstamm, Preis 1200. (für Oberröblingen am See und Umgebung) Maß, Stricker, Oberröblingen am See.

Ein ordentlicher älterer Mann wird zur Hausarbeit gesucht. Volkspark, Burgstraße 27. 1904.

Weissnäherinnen und Schneiderinnen sucht in grosser Zahl. 1918. Städt. Arbeitsamt, Satzgrafenstr. 2, 1.

Süchtiger Feuerschmied. Wagnersfabrik Kander, Böhlen 1, Sachhausen. (Wohnung vorhanden). 1924.

Brennholz. Gelingenholzhau, geb. Ziegelbrenner, ca. 60 cm lang geschnitten, wirklich trock. Ware, solange Vorrat reicht, verkaufen billigst. Artur Lindner, Melanchthonstrasse 45, Fernsprecher 1450. 1928.

Grünkelee im Einzelnen zu verkaufen. B. Roth, Jakobstr. 47.

Warnung! Ich meine Irbarmun hiermit, meine Tochter. A. Ermisch, auf meine Karte, 2028. Ermitte ritros zu borgen, da tag für nichts aufkamen.